

Landtagsbeilage zur Sächsischen Staatszeitung

Nr. 4.

zu Nr. 293 des Hauptblattes.

1922.

Beauftragt mit der Herausgabe: Regierungsrat Brause in Dresden.

Landtagsverhandlungen.

(Fortsetzung der Sitzung vom 14. Dezember.)

Abg. Wötcher (Fortsetzung):

Die Sozialdemokratie hat es abgelehnt, die Arbeiterregierung zu bilden, sie hat es abgelehnt, die Arbeiter in weitestem Umfange für ihre Politik heranzuziehen, infolgedessen müssen sie auch die Verantwortung tragen für diese Politik. (Abg. Müller [Leipzig]: Weil Sie Angst haben, die Verantwortung mit zu übernehmen!) Wir haben davor absolut keine Angst. Wir haben nur Angst davor, die Verantwortung zu übernehmen für die Pleite. Wir haben Lust und noch jeden Tag den Willen, die Verantwortung für eine Kampfregierung zu übernehmen. Jetzt sind wir so weit, daß wir den Sozialismus in die Fabriken tragen können, daß wir den Sozialismus in die Bergwerke tragen können, in die ganze Wirtschaft. Da gehört allerdings Kopf und Faust zusammen, Gewehr und Hirn zusammen, und dazu gehört auch der Wille die gesunde, elementare, ungeborene Kraft, die in den breiten Massen der Arbeiter schlummert, zu wecken und in den Dienst dieses Kampfes zu stellen. Aber die Sozialdemokratie hat die Kampfstrategie der sächsischen Arbeiter systematisch gebrochen, systematisch gebrochen dadurch, daß sie allen ihren Versprechungen niemals die Taten folgen ließ.

Die Kommunistische Partei hat bei der Forderung der Arbeiterregierung in Sachsen insbesondere auch betont, daß die Veranztung der Arbeiterschaft zur Gesetzgebung, zur Mitarbeit bedeutet die Bildung und Schulung der Arbeiterschaft für eine höhere Kampfkraft, und gerade die Sozialdemokratische Partei ist es immer, die jeden Tag sagt, wir haben keine Leute, um die Verwaltungsstellen zu besetzen, wir haben keine geeigneten Leute, um die Bürgerlichen aus ihren Positionen herauszuwerfen. Nun steht die Kommunistische Partei nicht auf dem Standpunkte, daß man Klassenkämpfer, daß man Vorkämpfer im Lager des Bürgertums schulmäßig heranzubilden, sondern, daß man diese Kämpfer heranzubildet durch den Kampf selbst. Die Kommunistische Partei führt den Kampf um die Arbeiterregierung in Sachsen weiter, so wie sie den Kampf im Reich um die Arbeiterregierung führt und nach energischer führen wird als bisher. Die Sozialdemokratische Partei und die sozialdemokratische Regierung wird die Kommunisten und die kommunistischen Arbeiter, wenn sie in diesen Fragen kämpft, jederzeit auf ihrer Seite haben, und wir haben das Vertrauen in die sozialdemokratischen Arbeiter, daß sie diesen Kampf zu führen gewillt sind. Wir haben aber aus der Erfahrung und aus der Beobachtung das Vertrauen in die sozialdemokratischen Führer im allgemeinen und in die sozialdemokratische Regierung insbesondere, daß sie diesem Kampfe ausweicht und daß sie in diesen Fragen knien wird. (Zuruf bei den Demokraten.) Deshalb werden wir in den Fragen, wo Sie mit Ihrer Regierung versagen, draußen außerhalb des Parlaments und hier jederzeit die Arbeiter aufrufen; jederzeit werden wir im einzelnen politisch der Arbeiterschaft sagen, was die Stunde erfordert, werden die Arbeiter sammeln zur Einheitsfront, zu jener Einheitsfront, die die Voraussetzung ist zur Führung der Abwehrkämpfe, die heute von der Arbeiterschaft gegen die Offensive des Kapitals durchgesetzt werden müssen. Diese Sammlung der proletarischen Kräfte wird betrieben, ob Sie das wollen oder nicht, und der beste Verbündete, den wir dabei haben und der früher der Verbündete der Sozialdemokraten war, das ist die Entwicklung, sowohl ökonomisch wie auch politisch, die nicht herausführt aus dem kapitalistischen Krise, die nicht herausführt aus dem Zusammenbruch, sondern die immer tiefer in den Zusammenbruch hineinführt. Die Kraft der Arbeiter liegt allerdings nicht hier in diesem Hause. (Abg. Claus: Rein, ganz recht, nur bei Ihnen!) Die Kraft der Arbeiter liegt draußen an den Stätten der Produktion, wo sie dem Feind unmittelbar gegenübersteht. (Abg. Schurig: Auch nicht bei Renner!) Und dort an dieser Stelle der Produktion wird sich die Arbeiterschaft sammeln und den Kampf führen. Die Arbeiterschaft hat kein Vertrauen in diese Quasellubden, wie sie von der Arbeiterschaft genannt werden. (Abg. Dr. Dehne: Selbsterkennnis ist der beste Weg zur Besserung! — Sie sind der König aller Quasellubden! — Lebhaftes Sehr richtig! auf allen Seiten.) Wir werden auch unser Teil dazu beitragen, diesen Parlamentarismus zu diskreditieren. (Abg. Claus: Zu blamieren!) Soweit wir dazu irgend imstande sind. (Abg. Wötcher: Sie brauchen gar keine Absicht haben, das wird schon ohne das.) Die große Koalition mit der Deutschen Volkspartei verhindert in Sachsen die Bildung der Arbeiterregierung, weil die Sozialdemokratie in Sachsen nicht die Kraft aufbringt, gegen die Politik der großen Koalition anzukämpfen und weil die Sozialdemokraten trotz ihres geistreichen Lächelns auf diesen Vänsken sehr gut wissen, daß draußen bei den Arbeitern über diese Frage eine verbammte andere Meinung herrscht, als sie in den sozialdemokratischen Zeitungen zum Ausdruck kommt. Wenn sie den Mut hätten, die Politik der Deutschen Volkspartei zu bedenken, dann müßten sie auch den Mut haben, vor die Arbeiter zu treten und ihnen zu sagen, der Achtstunden-Tag ist Unsinn, wir müssen jetzt mehr arbeiten. Der Achtstunden-Tag muß beseitigt werden. (Zuruf rechts: Kommt noch!) Aber diesen offenen Mut bringen sie nicht auf und sie verschieben

sich deshalb hinter allgemeinen Redensarten. Auch in allen anderen Fragen hier gehen sie mit der bürgerlichen Gesellschaft absolut den gleichen Weg und ihre ganze Ideologie und politische Auffassung ist die Rettung und Stützung der bürgerlichen Gesellschaft, die Wiederaufrichtung der kapitalistischen Produktionsweise. Sowjet-Rußland ist die einzige Macht, (Zuruf rechts: Wo das Elend am größten ist!) ist der eiserne Fels, (Heiterkeit.) auf dem die europäischen Arbeiter sich heute noch stützen können, (Zuruf: Solange sie Kubel bekommen!) und die Sozialdemokraten haben sehr wohl begriffen, mit samt den Antiradikalen Gewerkschaften, daß das zusammenbrechende Sowjet-Rußland die größte Gefahr für die europäische Arbeiterklasse bedeuten würde. Fest steht dieses Land, und Sie werden es nicht brechen, trotz aller Interventionspläne, trotz der Tatsache, daß Frankreich an der Lösung Bayerns arbeitet, daß Frankreich sich durch ein monarchistisches Bayern das alte Aufmarschgebiet über die Tschechoslowakei und Polen zu einer Interventionspolitik gegen Rußland sucht. Und diese Tatsache des Befehens der russischen Arbeiter- und Bauernrepublik gibt heute für die deutschen Arbeiter in weitestem Umfange die Hoffnung, daß der Sozialismus trotz allen Verrats der Sozialdemokratie in Europa nicht verloren ist. Und wenn jetzt eine Depressionsperiode eingetreten ist, (Woh! rechts.) wenn die Arbeiterklasse von den Sozialdemokraten in Niederlagen geführt worden ist, so hat sie die Kraft und auch den Willen, aus diesen Niederlagen heraus zum Gegenangriff überzugehen. Ein Konzentrationspunkt, ein Aufmarschgebiet dieses Gegenangriffs konnte die Arbeiterregierung in Sachsen sein, sollte eine sächsische Arbeiterregierung sein, um mit ihr zusammen einen roten, mitteldeutschen Korridor zu schaffen, (Woh! rechts.) der es dem bayerischen Faschismus unmöglich macht, nach dem Norden vorzudringen und dort das industrielle Proletariat niederzuwerfen. Diese Arbeiterregierung wird und muß zustandekommen. Durch den Kampf und die Möglichkeit des Kampfes wird das Selbstbewußtsein, die Kraft und das Vertrauen der Arbeiterschaft zu sich selbst erneuert gestärkt, und durch diese Kraft und durch dieses Vertrauen gestärkt, werden die Arbeiter in Sachsen den Ausgangspunkt und die Stützpunkte schaffen für den Angriff gegen die Bourgeoisie auf der ganzen Linie. (Lachen rechts. — Subu-Rufe. — Abg. Dr. Oberle: Das war die Rede einer Regierungspartei!)

Präsident: Der Herr Abg. Wötcher verglich den Landtag mit einer Quasellubde. (Heiterkeit.) Aus der Tatsache, wie das gesamte Haus mit Ausnahme der kommunistischen Fraktion diese Äußerung aufnahm, muß ich aber entnehmen, daß man sich dadurch nicht beleidigt gefühlt hat. (Lebhafte Rein-Rufe.) Infolgedessen erteile ich auch keinen Ordnungsruf.

Abg. Dr. Schfert: Es ist eine überaus bedeutsame Kundgabe, daß der Herr Redner der Kommunistischen Fraktion gesagt hat: Wir haben das schärfste Mißtrauen gegen die Regierung im weitesten Maße. An dieser Stelle ausgesprochen heißt das, der Regierung das Mißtrauen in aller Form aussprechen. Und was das gerade in diesem Augenblicke bedeutet, darauf möchte ich unsere Regierung aufmerksam machen. Sie hat in ihrer Erklärung den Satz stehen: „Die bisher besetzte Politik ist durch die Wahl am 5. November gebilligt worden.“ Wenn irgend etwas, so haben es die Ausführungen meines Vorredners bewiesen, daß so vielleicht eine Wehrheitsregierung, die eine gewaltige Wehrheit des Volkes hinter sich hat, sagen darf, daß die Wahl die Politik gebilligt hätte. Für eine Wehrheitsregierung, die auf so schwachen Füßen steht, ist ein solcher Satz reichlich läßlich. (Sehr richtig!) Ich würde vielleicht auf diesen Satz nicht eingehen, wenn nicht seine Fortsetzung lautet: „Das neue Kabinett will diese Politik fortsetzen.“ Ja, dieser Satz ist ja noch weniger glücklich. Die bisherige Politik der Regierung hat zur Auflösung des Landtages geführt. Diese Politik fortzusetzen, kann doch unmöglich die Absicht der Regierung sein, und sie hat auch ganz entgegengesetzt zu diesem Satz bereits gehandelt; denn sie hat den Versuch gemacht, ihre Politik zu ändern dadurch, daß sie in Verhandlungen mit der kommunistischen Partei eingetreten ist auf Grund von Leitlinien und Grundfragen, die bisher in der Politik nicht eingehalten waren, sondern durchaus als Zugeständnisse an die kommunistische Partei aufgefaßt werden mußten. Zu welchem Ergebnis die Verhandlungen geführt haben, ist uns bekannt. Trotz dieser Abjage ist die Regierungserklärung doch auf den Ton gestimmt, daß man der kommunistischen Anschauung in der Politik Rechnung tragen will: einen anderen Sinn kann der Zusatz zu dem Satze, den ich eben zitierte, wohl nicht haben, es heißt nämlich in dem Satze, es soll die Politik fortgesetzt werden in sozialistischer Auffassung. Nebenbei will ich bemerken, es ist immerhin auffällig, daß in der ganzen Regierungserklärung das Wort sozialistisch und nicht einmal das Wort sozialdemokratisch auftritt. Ob das beabsichtigt ist oder nicht, lasse ich dahingestellt, mir ist es aufgefallen. Zwar weiß der Präsident auf den von ihm geleisteten Eid und darauf hin, daß auch die Minister ihn geleistet haben, aber zugleich betont er dreimal in ganz besonderer Hervorhebung die Erklärung das sozialistische Ziel, die sozialistische Auffassung, die sozialistische Wirtschaftsform. Nach unserer Auffassung ist das, was für einen Parteimann zulässig, vielleicht sogar verständlich ist, es doch nicht für den Minister, noch viel weniger für die Regierung. Auch im Volksstaate muß nach unserer Auf-

fassung die Regierung über den Parteien stehen oder mindestens zu stehen versuchen. (Zustimmung.) Die Regierung fordert von uns, daß wir ihr den schweren Vorbehalt, die Regierung zu übernehmen, erleichtern, sie weist hin auf die Aufgaben, die uns gemeinsam obliegen, an denen mitzuarbeiten zum Wohle des Volkes und des Staates wir verpflichtet sind. Wohlja, wir sind bereit. Warum aber hindert sie uns an dieser Mitarbeit, indem sie an den entscheidenden Stellen wieder die Schranke aufrichtet, über die wir nicht hinwegkommen?

Auch wir vermischen vor allen Dingen, daß ein Wort gesagt ist über das Treueverhältnis des Landes zum Reich. Der Meinung, die die Kommunisten gegeben haben, daß unsere Regierung als eine Hauptaufgabe ansehen solle, gegen die Reichsregierung zu arbeiten, müssen wir die entgegengesetzte gegenüberstellen: mögliche Übereinstimmung zwischen Reichs- und Landespolitik. In der Landesverfassung liegen auch die Normen und die Richtschnur für die Regierungen der Länder. Die einseitige Parteinahme verleiht sie dazu, gegen diese Grundsätze unserer Verfassung Maßnahmen zu treffen. Ich will an einiges nur beispielsweise erinnern. Auf wirtschaftlichem Gebiete an die Freilassung einzelner Erwerbsgenossenschaften von Steuern, auf juristischem Gebiete an die Wiederherstellung von Verfahren auch gemeiner Vergehen, wenn sie in politischem Zusammenhang erfolgt sind. Ich erinnere auf dem Verwaltungsgebiete an die unbefristete Bevorzugung von Parteigenossen, ich erinnere auf kulturellem Gebiete an die ungerechte Behandlung unserer Geistlichen, deren Not in einzelnen Fällen zum Himmel schreit. Die parteipolitische Einstellung verleiht dazu, die gewährleistete Freiheit zu gefährden. Gewiß hat die Freiheit des einzelnen ihre Schranken am Wohle des Ganzen und wir wünschen ein scharfes Einschreiten gegen herzlosen Eigennutz, Wucher und Betrüger. Die Freiheit des einzelnen hat ihre Schranken am Bestehen und an der Existenz des Staates, und wir können völlig zu, wenn vorgegangen wird zum Schutze der Republik gegen die, die im Dunkeln wühlen, und wenn vorgegangen wird gegen Männer, die ihr Amt mißbrauchen, um den Staat zu gefährden. (Sehr richtig! bei den Dem.) Aber das oberste Recht des Staatsbürgers ist uns die Freiheit, und dazu gehört gewiß auch die Überzeugungsfreiheit. Ich erinnere an die im Wahlkampf viel besprochenen Verordnungen des Unterrichtsministeriums.

Unser ganzes Denken wird doch jetzt beherrscht von der Rot unserer Tage, von der Leuerung und Verelendung weiter Schichten. Wie ihnen zu steuern sei? — Die Regierung vermag es nicht zu sagen, und wir machen ihr keinen Vorwurf daraus. Unser Schicksal wird eben von außen her, von Kräften bestimmt, die wir nicht in der Hand haben. Dorthin lenkt sich der Blick, hilflos, ratlos. Aber eins müssen wir noch erkennen: daß in diesem Druck der Ruf, den wir erklingen lassen, auf innere Verständigung und inneren Zusammenhalt ernste Berechtigung erhält. Es ist diese Rot ja richtig durch ein einzelnes, was in der Regierungserklärung steht, getroffen. Sie spricht von der Wohnungsnot, von Ernährungsschwierigkeiten, von Erwerbslosigkeit. Wertwürdigerweise vergißt sie den Kreis, der unter der augenblicklichen Not am schwersten leidet: die Kleintrentner; sie gedenkt nicht der freien geistigen Berufe. Freilich erklärt sie, daß sie den Räten gegenüber machtlos ist. Es ist nichts anderes als eine Erklärung der Machtlosigkeit der Wohnungsnot gegenüber. Wir werden daselbe den Ernährungsschwierigkeiten gegenüber erleben. Wir kommen ihnen nicht bei durch Eingriffe in die freie Wirtschaft. Diese Eingriffe sind ja nur verständlich, weil man sich sagt, es muß etwas geschehen. Aber die Erfahrung lehrt, daß auf diesem Wege mit Erfolg nichts geschehen kann. Die Leuerung, die Geldentwertung ist ja begründet in der gesamten Lage unseres Volkes, sie ist die Wirkung des Versailler Vertrages. Und daß dieser geändert werden muß, daran müssen wir alle, von der äußersten Linken bis zur äußersten Rechten einig sein. Was wir dieser Lage gegenüber tun können, sind ja nur kleine, beinahe unscheinbare Mittel. Gewiß ist eine scharfe Überwachung des Wuchers und des Betruges nötig und harte Strafen sollen ausgesetzt werden. Auf der anderen Seite können wir den Darbenden mit Staatshilfe zur Seite stehen, vor allen Dingen den Sozial- und Kleintrentnern. Aber darüber hinaus geht unsere Macht nicht.

Die sozialdemokratische Regierung erstrebt den sozialistischen Wirtschaftsstaat. Die Erfahrungen, die mit dem sozialistischen Wirtschaftsstaate gemacht worden sind, sprechen doch dafür, daß man jeden Versuch in dieser Richtung unterlassen sollte. (Zuruf bei den Soz.: Haben wir auch nirgendwo gesagt!) Auch Warner aus den Kreisen der Sozialdemokratie gibt es genug, die davor warnen, jetzt in dieser Lage unserer Wirtschaft solche Experimente zu machen. (Zuruf bei den Soz.: Experimente wollen wir auch gar nicht machen!) Warum aber steht in der Regierungserklärung kein Wort darüber, was zu geschehen hat zur Förderung der Industrie, des freien Gewerbes, des freien Handels, des freien Berufs auf eigener Scholle? Wir vermischen, daß hierauf die Sorge der Regierung und des Landtages gerichtet werden muß. Verührend hätte an dieser Stelle auch ein Hinweis auf den Schutz dieser Kreise vor Gewalttätigkeiten gewirkt.

Es ist die parteimäßige Einstellung, die es auch und wie auch schon vor zwei Jahren unmöglich macht, der